

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen...
Anzahl...
Nr. 53.

Anzeigenpreise für den Anzeiger...
Anzahl...
Nr. 53.

Verleger: C. G. Auer, Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 94

Donnerstag, den 23. April 1925

20. Jahrgang

Die Wahrheit über die Aufnahme der Rede Hindenburgs im Auslande.

Sperrung der Industrieanleihen.

Die Reichspresse hat vor einigen Tagen erklärt, daß der Reichsblock sich der Kritik des Auslandes an der Wahlkampfbildung Hindenburg zur Wahlpropaganda für Marx bediene. Die Veröffentlichung der Auslandstimmen sei ein Verbrechen vor dem Auslande. Heute bringt diese „nationale Presse“ spaltenlange Berichte über die Aufnahme der Rede Hindenburgs im Auslande, — mit dem Unterschied, daß diese Berichte nicht den Wahrheit entsprechen.

Was sagt das Ausland?

Die „Times“ schreiben beispielsweise: Die übereifrigen Versuche, zu beweisen, daß bei dieser Wahl die Monarchie nicht gegen die Republik kämpfe, ändern nichts an der Meinung der Außenwelt. Der Feldmarschall selbst ist zweifellos ehrlich wenn er die Innehaltung der Verfassung verspricht. Über die Frage ist ja gar nicht die, wie er sich zur Verfassung stellt oder welche augenblicklichen Absichten seine Hintermänner haben. Es geht um die Gemütsverfassung und Gesinnung des deutschen Volkes. Hindenburgs Wahl würde als erster erfolgreicher Angriff gegen die Republik aufgefaßt werden müssen. Hindenburgs Beurteilung kriegerischer Abenteuer ist sicherlich deutlich genug. Leider ist sie nur auf die augenblickliche Hilfslosigkeit Deutschlands basiert. Eine feststehende Tatsache ist leider, daß die Kräfte hinter ihm nicht solche guten Freunde einer dauernden Friedenspolitik sind wie die Kräfte hinter dem republikanischen Kandidaten.

„Times“ meldet aus New York, daß einige New Yorker Bankiers, die sich mit deutschen Industrieanleihen befaßten, sich entschlossen hätten, diese Anleihen zeitweilig aufzuhalten, bis der Ausgang der Präsidentenwahl in Deutschland bekannt sei. Dem Blatt zufolge haben sich einige Bankiers dahin geäußert, daß ein Erfolg Hin-

denburgs das Ende der deutschen Industrieanleihen am New Yorker Markt bedeuten würde. Die Mehrzahl der Bankiers sei jedoch durchaus geneigt, die weitere Entwicklung abzuwarten.

New York, 21. April. Der deutsche Botschafter Malgahn ist nach mehrtägigen Verhandlungen mit den New Yorker Bankiers und Politikern heute nach Washington zurückgekehrt. Die New Yorker Bankwelt hat dem deutschen Botschafter die eventuellen Folgen eines Hindenburg-Sieges deutlich gekennzeichnet. Mehrfach wurde erklärt, daß die augenblicklichen Anleihschwierigkeiten ein Dauerzustand würden, wenn Deutschland kurzfristig genug sein sollte, Hindenburg zu wählen. Die Bemühungen Malgahns, die Präsidentenwahl als „unwichtig für die deutsche Außenpolitik“ hinzustellen, haben scheinbar nur geringen Erfolg gehabt. Die Amerikaner sind nicht so leicht davon zu überzeugen, daß die deutsche Politik vom Reichstag und nicht vom Präsidenten gemacht werde, weil immer die amerikanische Politik zu Vergleich herangezogen wird, wo der Präsident ganz anders als der deutsche Präsident auszuwirken ist. Nach der amerikanischen Meinung hat der deutsche Präsident die gleiche Macht, wie der amerikanische, und daher ist ein deutscher Einwand, daß die bevorstehende Wahl, wie immer sie auch ausfallen möge, die deutsche Politik nicht ändere, hier kaum wirksam. Malgahn wird am Tage nach der Wahl vor der New York Banking Association sprechen.

Und was sagt der Reichsblock?

Die Aufnahme der Hindenburgrede in Amerika sei als günstig zu bezeichnen! — Wir wußten bis jetzt noch nicht, daß „national“ sein, lägen heißt, wir wußten auch noch nicht, daß die Verweigerung der Auslandskredite günstig ist. —

Veröffentlichung des Berichtes einer Geheimfugung des Reichsblocks.

Dem „Berl. Tageblatt“ ist der Bericht einer Geheimfugung des Reichsblocks übergeben worden. — Wir beschränken uns darauf, nur einen dieser infamen Pläne zu veröffentlichen:

„Zu unseren Veröffentlichungen über die Geheimfugung der deutschnationalen Wahlmacher erfahren wir noch zuverlässig, daß unter den von Dr. Weiß angekündigten, für den Wahlkampf beabsichtigten Flugblättern, „die scheinbar nicht von uns stammen und für die Arbeiter bestimmt sind“, eins geplant ist, das erst am Tage der Wahl frühestens am Abend vorher herauskommen soll. Es stellt Marx dar mit dem Geldsack von 700 Millionen, den er den Ruhrindustriellen reicht. Es wendet sich „in letzter Minute“ an die Arbeiterchaft mit der Aufforderung, Otto Braun zu wählen. Man hofft so, in den Reihen der Sozialdemokraten Verwirrung hervorzurufen. Wie muß es doch mit den Ausichten des Reichsblockkandidaten stehen, wenn ihre Drahtzieher in der Bergweisung zu so niedrigen und plumpen Methoden greifen.“

Attentat auf Hindenburg?

Ein Wahlmanöver des Reichsblocks.

Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: „Wie ein Montagblatt mitteilt, wird in rechtsradikalen politischen Kreisen Hannovers allen Ernstes der Plan erwogen, kurz vor dem Wahltage ein fingiertes Attentat auf Hindenburg zu inszenieren, da man sich von diesem Mittel einer gewaltigen Stimmungsumschwung verspricht und da man glaubt, daß eine solche Maßnahme die Begeisterung für Hindenburg hervorrufen könne, die jetzt noch fehlt. In Kreisen der hannoverschen rechtsradikalen Führer seien sogar schon Einzelheiten festgelegt, und zwar solle dieser Attentatsversuch in ähnlicher Weise stattfinden wie der Attentatsversuch, der seinerzeit von kommunistischer Seite auf den Oberpräsidenten von Hannover Roske verübt wurde. Wir müssen selbstverständlich die Verantwortung für diese Mitteilung dem Montagblatt überlassen. Auf jeden Fall dürfte es wünschenswert sein, daß die Polizei diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuwendet.“

Strafantrag Stresemanns gegen einen Reichsblockführer.

Wie die „S. B.“ am Mittag heute mitteilt, hat bei einer kürzlich in Saalfeld in Thüringen abgehaltenen Sitzung des Reichsblocks der deutschnationale Major Prigge u. a. erklärt, die Deutsche Volkspartei, sei ja eine ganz vernünftige Partei, wenn sie nur endlich den Landesverräter Stresemann besettigen wollte. Darauf hat der Reichsaussenminister die Beleidigungsklage gegen Prigge angestrengt, der die Beleidigung zugegeben und erklärt hat, Stresemanns Bemühungen um einen Sicherungspakt würde von seinen Gesinnungsgenossen als Landesverrat angesehen. Wie festgesetzt wird, trifft diese Darstellung des Mittagblattes zu. Auch ein Beweis für die „böllige Einigkeit“, die zwischen den Parteien des Reichsblocks nach den heutigen Bestellungen ihrer Presse herrscht.

Beneschs unangenehmer Zwischenfall.

Warschau, 21. April. Gestern Abend kam es zu einem unangenehmen Zwischenfall. Das polnische Regierungsauto, in dem um 8 Uhr abends Ministerpräsident Benesch in Begleitung des tschechischen Gesandten durch die Stadt fuhr, um einige offizielle Besuche abzustatten, überfuhr in einer der belebten Hauptstraßen, als es einem Radfahrer ausweichen wollte, einen neunjährigen Zeitungsjungen, der an der Hand seiner Mutter am Bürgersteig dahinschritt. Der Kleine wurde auf der Stelle getötet. Wie „Kobornik“ meldet, gelang es der Polizei nur mit Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, da die empörten Passanten, die den Kraftwagenführer lynchen wollten, auch gegen die beiden Autoinsassen, die sie nicht kannten, eine drohende Haltung einnahmen.

Kleine politische Meldungen.

Paris, 21. April. Eine Bezirksvereinigung des Nationalverbandes der Frontkämpfer übermittelte der Presse eine Mitteilung, in der sie bekannt gibt, da sie alle Abgeordneten auffordern, die Diskussion mit einer Regierung zu verweigern, der Gallaux angehöre.

London, 21. April. Nach einer Reutersmeldung aus Bloemfontein ist dort die Ruhe vollständig wieder hergestellt.

Dallas (Neuschottland), 21. April. Der von Mitgliedern der Arbeiterpartei eingebrachte Beschlusstext über den Achtstundentag ist bei der zweiten Lesung mit 14 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden.

Marum Marx und nicht Hindenburg?

Von Ministerpräsident Heide-Dresden.

Die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten würde dem deutschen Volke und seiner zukünftigen Entwicklung abträglich sein und sowohl innerpolitisch wie auch außenpolitisch eine Beeinträchtigung der Volkswirtschaft bedeuten. Millionen von Volksgenossen stehen in Hindenburg — bei aller Achtung vor ihm als Menschen und als Ozeanführer —, den, wie er sich selbst nennen läßt, allergetreuesten Diener seines kaiserlichen Herrn; sie sehen in ihm den Untertanen des Monarchen, dem er nach seinen eigenen Worten als seinem Kaiser nach wie vor den Treueid hält. Betont er doch selbst in den Denkwürdigkeiten aus seinem Leben, daß die Bestätigung innerhalb der Gegenwartspolitik seinen Neigungen von jeher widersprach, daß er sich in seiner politischen Überzeugung am wohlsten in dem Schatten des Baumes fühlte, der in dem ethisch-politischen Boden Kaiser Wilhelm des Ersten wurzelt und daß er als rettenden Felsen in den politischen Wirbeln unseres Vaterlandes wieder ein deutsches Kaiserthum erschöpfte! Man kann sich nicht vorstellen, wie eine solche Aufassung sich vertragen soll mit dem Eid auf die republikanische Verfassung, den der Reichspräsident nach seiner Wahl ablegen muß. Ein Mann, der in solcher Gedankenwelt lebt, kann vielmehr niemals der höchste Vertreter eines Volkes sein, dessen Verfassung mit den Worten beginnt: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Die über 18 Millionen Wähler, die am 20. März für die drei republikanischen Kandidaten gestimmt haben, erblicken in Hindenburg den Statthalter der Monarchie, die die hinter ihm stehenden Rechtsorganisationen wieder einzuführen trachten. Mag Hindenburg selbst noch so sehr versichern, daß er eine gewaltsame Änderung der Verfassung ablehnt, so steht dem doch entgegen der Wille vieler von denen, die ihn aus seiner Altersruhe in den Strudel der Tagespolitik zerrten. Mag er weiter noch so sehr betonen, daß er über den Parteien stehe: die ihn aufstellten, wollen ihn als Vorharn ihrer Politik und ihrer Parteibestrebungen benutzen, wie das aus der Vorgehensweise seiner Kandidatur deutlich hervorgeht.

Erst recht in außenpolitischer Hinsicht erreichen die, die Hindenburg präsentieren, etwas ganz andere als das, was den wahren Volkswirtschaften dient. Gemüht ist es unsere eigene Angelegenheit, wenn das deutsche Volk sich zum Staatsoberhaupt erwählt, allein, wenn wir den Ländern, mit denen wir in Frieden leben wollen, ein Staatsoberhaupt präsentieren, so schädigen wir damit den Gedanken der Völkerverständigung, der gerade anfängt, sich in den einsichtigen Kreisen aller Völker auszubreiten. Die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten würde alle die Kreise wieder beleben, die nach ihren Attentaten auf die Republik und ihre Träger sich vor dem Willen des Volkes zurückgezogen hatten; sie würde die Kreise der Rathenau- und Erzberger-Mörder ermutigen, ihre Pläne gegen Republik und Verfassung fortzuführen.

Selbst mit dem besten Willen wäre Hindenburg nicht in der Lage, die Geister zu bannen, die er zwar nicht rief, die aber sein Name und das Programm und der Wille der Hintermänner hervorlockt. Ohne daß er es wollte, würden die die nach ihrer Verfassung feindlichen Kreise hinter seinem Rücken Unterklüpfel suchen, um aus sicherem Versteck heraus den Raschgeist zu züchten. Mit dem Namen Hindenburg verbindet sich nur zu leicht der Gedanke einer Militärdiktatur, und das muß das In- und Ausland mit Misstrauen erfüllen, während wir gerade jetzt mehr denn je bei im Erwachen begriffenen Vertrauens besonders des Auslandes bedürfen.

Schon durch die Aufstellung Hindenburgs ist eine nationale Stimmung entfacht worden, die das Gegenteil von nationaler Gesinnung bedeutet, die zu pflegen wir alle berufen sind. Jene Stimmung würde durch eine Wahl Hindenburgs noch gesteigert und zu einer neuen Vergiftung der europäischen Atmosphäre führen. Darauf deutet die Hindenburg-Begeisterung der Kreise hin, die sich bisher als Feinde der Rechte des Volkes und der republikanischen Staatsform gezeigt haben.

Alle diese Gefahren können nur unbeachtet bleiben von jenen, die keine Verantwortung zu tragen brauchen und die Schwierigkeiten des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes vollständig übersehen. Keiner darf deshalb der Wahl fernbleiben, es muß der Welt gezeigt werden, daß das deutsche Volk seine demokratische und republikanische Verfassung zu wahren gewillt ist. Eindeutig muß das deutsche Volk sich am Wahltage zur Republik bekennen und einen überaus deutschen Republikaner wählen, den früheren Reichskanzler Wilhelm Marx!

Dr. Marx in Koblenz.

Koblenz, 21. April. Dr. Marx hielt heute hier eine Rede, in der er u. a. erklärte, wenn jemals ein Gebiet des deutschen Vaterlandes seine nationale Treue bewiesen habe, so sei es das besetzte Gebiet gewesen. Seine Bevölkerung habe in den letzten Jahren gezeigt, was nationale Tat sei. Mit dem deutschen Volk und besonders der rheinischen Bevölkerung erwarte er,